Wer liest Schmöker?

Du, und mit Dir Tausende. Und alle finden sie dies „Literatur" hochinteressant. Aber hast Du schon einma darüber nachgedacht was wohl der Zweck dieser Schund und Schmutzliteratur ist? Wahrscheinlich nicht, den dann wärst Du schon längst mit uns einig: Weg mit de Dreck!

Wir wollen Dir dagegen gute und dabei doch interessan spannende Literatur vermitteln. Besorge Dir deshalb vo Deinem Litobmann oder durch die nächste Arbeite buchhandlung unsere

10 - Pfg. - Erzählunge

Das Lied der Weberkinder — Erns
Rote Jungpioniere als Streikhelfer

Der Sieg der 15 Gießerstifte — Em
Ein gewonnener Lehrlingsstreik

Und richten sie die Gewehre — Kolz
Vom Leben in der Roten Armee

Zwölf Zelte am See — Ern
Lagerleben der Roten Jungpioniere

Brand im Warenhaus — Zimmer
Angestellte im Klassenkampf

32 Seiten
10 Pf.

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE, BERLIN

A35670
...atische Partei
...schlands
...ivorstand
...ibliothek
Ga
VI.23

A35670
BM/13733

Deutschland eine „Wohlfahrtsanstalt".

„Der Staat ist in der Nachkriegszeit zu einer Wohlfahrtsanstalt geworden." Diese Worte enthält die Regierungserklärung des Kabinetts Papen, der Regierung der Finanzhyänen, Großagrarier und Barone.

Wie sieht diese „Wohlfahrtsanstalt" aus?

In Deutschland gibt es sechs Millionen Erwerbslose. Davon etwa zwei Millionen Jugendliche. Dreiviertel der jugendlichen Erwerbslosen bekommen keine Unterstützung und haben nicht das Geringste zum Leben. Es gibt zahlreiche Arbeiterfamilien, wo weder Eltern noch Kinder etwas verdienen, und trotzdem erhält nur einer von ihnen Unterstützung. Diese Millionen von Erwerbslosen können gar nicht damit rechnen, daß ihre Lage besser wird. Es werden nirgends Arbeiter eingestellt, ganz im Gegenteil. Ein Betrieb nach dem andern stellt sich auf Kurzarbeit um oder schließt ganz seine Werkstätten, die „überflüssigen" Arbeiter werden auf die Straße gesetzt, und niemand, der heute noch in Arbeit steht, weiß, ob er morgen noch Arbeit hat.

Die werktätige Jugend leidet am schwersten.

Besonders schwer leiden die Jungarbeiter und Arbeiterkinder unter den Auswirkungen der Erwerbslosigkeit.

Kinder, die noch nicht einmal in die Schule gehen, müssen durch Verrichtung irgendeiner schlecht bezahlten Hilfsarbeit, die in den meisten Fällen ihre Kräfte weit übersteigt, schon mitverdienen helfen. So gibt es in Deutschland zwei Millionen arbeitende Kinder. Davon müssen eine ganze Reihe trotz ausdrücklichen Verbotes vor dem Unterricht, d. h. in den Morgenstunden von 5 bis 7 Uhr arbeiten.

Der Jugendliche muß durchschnittlich 9 bis 10½ Stunden täglich arbeiten, wenn man Aufräumungsarbeiten im Betrieb und die Berufschulzeit dazu rechnet. Er erhält dafür einen Lohn, der im Durchschnitt 6 bis 9 Mark in der Woche beträgt. Dieses Geld geht aber allein als Kostgeld und Quartier drauf. Das bedeutet, daß der Großteil der Jugendlichen nicht einen Pfennig für sich in der Tasche hat. Für viele Jugendliche ist einmal ins Kino gehen, ein Glas Bier oder eine Zigarette ein unerreichbarer Luxus. Neue Kleider oder Anzüge sind überhaupt unerschwinglich für sie.

Doch sind die in Arbeit stehenden Jungarbeiter noch „glücklich" dran gegenüber den Arbeitslosen. Viele Jugendliche werden sofort nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen und haben dann noch nicht einmal Anspruch auf einen Pfennig Unterstützung. Es gibt eine große Anzahl von Jugendlichen, die noch nie gearbeitet haben und auch in nächster Zeit nicht die Aussicht haben, in einem Betrieb oder Büro unterzukommen. Sie haben keine andere Möglichkeit, als sich tagsüber auf der Straße herumzutreiben, um zu sehen, ob sich nicht doch irgendwo eine Gelegenheit findet, eine Mark zu verdienen, oder sie gehen in die Häuser oder auf die Höfe, um sich so durch Singen ein paar Pfennige zu erbetteln.

Papen-Regierung baut noch mehr ab.

So sieht der Wohlfahrtsstaat des Herrn von Papen aus! Was aber unternimmt Herr von Papen, um diesen Wohlfahrtsstaat aufzuräumen. Herr von Papen erläßt neue Notverordnungen:

Die Arbeitslosenunterstützung wird um 23 Prozent gekürzt.

Die Krisenunterstützung wird um zehn Prozent gekürzt.

Die Wohlfahrtsunterstützung wird um 15 Prozent gekürzt.

Die Alters- und Invalidenrente wird brutal gekürzt.

Das ist aber noch nicht alles. Die Notverordnung raubt vielen Arbeitslosen die Unterstützung völlig; sie bestimmt, daß die Bedürftigkeitsprüfung bei der Erwerbslosigkeit statt nach zwanzig Wochen wie bisher, schon nach sechs Wochen stattfindet. Bei der Krisenunterstützung wird die Bedürftigkeitsprüfung in jedem Fall durchgeführt.

Wir wissen, wie diese „Bedürftigkeitsprüfung" aussieht. Wir kennen den Schwindel. Wenn auch nur einer in einer großen Familie, und sei es auch die schlechteste bezahlteste Arbeit hat, so erklären die Herren vom Wohlfahrtsamt, daß die ganze Familie nicht mehr bedürftig ist.

Aber die in Arbeit stehenden werden von den Notverordnungen auch nicht verschont. Die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge werden noch höher als bisher von den Arbeitslöhnen abgezogen, denn die Notverordnung bestimmt: bei einem Einkommen bis 125 Mark ist eine Steuer von 1½ Prozent, von 125 bis 300 Mark eine Steuer von 2½ Prozent zu entrichten. Das ist abermals eine schwere Belastung für die Arbeiterschaft.

Die Notverordnung hat weiter eine Salzsteuer diktiert, die das Salz um 6 Pfennig pro Pfund verteuert.

Alle diese Bestimmungen der Notverordnungen der Papen-Regierung richten sich ausschließlich gegen die werktätige Bevölkerung Deutschlands.

Für die Arbeiter Hunger und Terror
Für die Kapitalisten Millionen!

Vor nicht langer Zeit hat die Regierung Papen dem Großindustriellen Flick hundert Millionen Mark an Subventionen regelrecht geschenkt. Die Regierung hat nämlich in Höhe dieses Betrages wertlose Aktien des Herrn Flick gekauft, um ihn zu „sanieren".

Dieselbe Regierung hat der IG.-Farbenindustrie durch einen Erlaß Steuern im Werte von 20 Millionen Mark geschenkt. Diese Geschenke der Regierung an die Großindustrie einerseits, und die skandalösen Abbaumaßnahmen an den Unterstützungssätzen, den Renten und den Löhnen andererseits, das ist die Methode der Papen-Regierung, wie sie die „Wohlfahrtsanstalt" beseitigen will.

Es müßte doch alles in Ordnung kommen, wenn der Staat dem Kapitalisten den Ueberfluß wegnähme und diesen zur Verbesserung der Lebenslage des werktätigen Volkes, ganz besonders der werktätigen Jugend, benutzen würde? Doch das ist niemals möglich, weil der Staat ein Werkzeug der herrschenden Klasse, der Kapitalisten ist, seine „Autorität", die auf die Gewehre und Bajonette der Reichswehr beruht, im Interesse einer Handvoll Kapitalisten zur rücksichtslosen Ausbeutung der Millionenmassen der Werktätigen einsetzt.

Warum mußte Brüning gehen?

Die Ausbeutung und Unterdrückung der breiten Massen ist den Trustgewaltigen nicht brutal genug zur Sicherung ihrer Herrschaft und ihrer Profite. Der Hungerriemen soll noch enger geschnallt werden. Auf dem Rücken des werktätigen Volkes versuchen die Kapitalisten einen Ausweg aus der Krise zu finden, eröffnen sie einen noch nie dagewesenen Angriff auf die Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen.

Weil aber diese sich ihrer weiteren Ausbeutung widersetzen, soll ihr Widerstand durch den Einsatz von Polizei, Reichswehr und SA. blutig niedergeknüppelt werden. Dafür reichte die Brüning-Regierung nicht mehr aus. Wohl war auch Brüning der Statthalter der Diktatur des Finanzkapitals, wohl war auch er ein glühender Feind der revolutionären Arbeiterbewegung und der Sowjetunion. Aber was er langsam und allmählich durchzuführen bestrebt war, wollen die Kapitalisten, deren Herrschaftssystem auf das schwerste erschüttert ist, mit einem Schlage erreichen

Die Regierung der Aufrichtung der faschistischen Diktatur.

Die ersten Taten der Papen-Regierung zeigen bereits, wo der Kurs hingehen soll. Die neue Notverordnung leitet einen beispiellosen Hungerfeldzug gegen die werktätigen Volksmassen ein, und alle Schichten des werktätigen Volkes werden schwer davon betroffen. Den Erwerbslosen wird die Unterstützung gekürzt, den Betriebsarbeitern eine Beschäftigungssteuer — „Arbeitslosenhilfe" — aufgezwungen, den Witwen, Waisen und Invaliden die Rente herabgesetzt, für die werktätigen Konsumenten die Preise durch eine Salz- und Schlachtsteuer, durch neue Zölle für Nahrungsmittel brutal erhöht.

Papenregierung fordert Verbot des KJVD.

Hand in Hand mit diesen Aushungerungsmaßnahmen geht ein Unterdrückungsfeldzug der Schwerindustrie, Landjunker und Generale gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen. Schon verkündet die Regierung Papen den Wünschen der Nazis zufolge ihre Absicht, zunächst den **Kommunistischen Jugendverband** und den **Kampfbund gegen Faschismus**, zwei Organisationen, in denen die proletarische Jugend energisch den Kampf gegen Faschismus, Hunger und Krieg führt, zu verbieten, um auf diese Verbote das **Verbot der Kommunistischen Partei** folgen zu lassen. Der werktätigen Jugend soll ihr Führer im Klassenkampf, der KJV., geraubt werden. Und das im gleichen Augenblick, wo durch Notverordnung der Mordterror der

SA. legalisiert wird, die Gewalt und der Terror zur Hauptmethode der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Mißwirtschaft wird.

SPD. Wegbereiter des Faschismus.

Die Sozialdemokratie glaubt in diesem Wahlkampf wiederum die Massen für sich einfangen zu können durch eine Scheinopposition gegenüber der Regierung Papen-Schleicher. Aber wie war es denn zur Zeit der Hermann-Müller-Regierung? Hat sie nicht der Brüning-Diktatur den Boden geebnet? Und war nicht die Regierung des Zentrumkanzlers Brüning der Weimarer Koalition die Wegbereiterin der Regierung Papen?

Noch vor drei Monaten riefen die SPD.- und SAJ.-Führer zur Wahl Hindenburgs auf, der jetzt, ohne den Reichstag zu befragen, die Papen-Schleicher-Regierung diktatorisch eingesetzt hat und offen für eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten eintritt. Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Politik, des „kleineren Uebels", durch die die sozialdemokratischen Führer die Arbeiterjugend zum ständigen Zurückweichen vor den Angriffen des Klassenfeindes verleiten und so ihre Kampfkraft schwächen wollten. Aber auch jetzt bemühen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer jeden Massenkampf des Proletariats gegen die Notverordnungsdiktatur und die faschistischen Maßnahmen der Papen-Regierung zu verhindern.

In den Betrieben arbeiten sie krampfhaft daran, die Streiks der Betriebsarbeiter zu verhindern und organisieren dort, wo Streiks gegen ihren Willen ausbrechen, aktiv den Streikbruch. Nach ihrem Willen sollen die Erwerbslosen vom Kampf gegen Exmittierungen, für höhere Unterstützung, gegen Arbeitsdienstpflicht und für Arbeitsbeschaffung abgehalten werden. Wehrlos liefern die sozialdemokratischen Führer die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen dem Mordterror der Nazibanditen aus. Die geschäftsführende sozialdemokratische Preußenregierung, die Regierungen in Hessen und anderen Ländern tolerieren auf das Entschiedenste die Papen-Regierung.

Das Zentrum für eine Regierung mit den Nationalsozialisten.

Die Zentrumspartei hat in der Presse durch ihren Parteiführer Kaas der Papen-Regierung den Kampf angesagt. Doch das ist nur ein Scheinkampf und Manöver, um die christlichen Arbeiter und Werktätigen vom Abwandern zum Kommunismus abzuhalten. Die Zentrumspartei hat durch die Politik der Notverordnungen und des Hungers, der Förderung des Faschismus, des Kampfes gegen den Bolschewismus, nur gezeigt, daß sie denselben Weg zur Rettung des Kapitalismus gehen will. Sie ist absolut bereit, mit den Nationalsozialisten eine Koalition zu bilden.

Die Nazis tolerieren Papen.

Die Papen-Regierung wird von den Nationalsozialisten gestützt. Alle hartnäckigen wie scheinheiligen Ableugnungsversuche Goebbels und seines „Angriff" können die deutsche Jugend nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Papen-Regierung mit Hilfe und unter direkten Abmachungen Hitler-Görings mit Hindenburg ans Ruder gekommen ist. Tatsache ist, daß der

Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels selbst eine Geheimanweisung herausgegeben hat, während des Wahlkampfes die Agitation gegen die Papen-Regierung und ihre wirtschaftlichen Maßnahmen einzustellen. Und Hitler selbst erklärte beim Münchner SA.-Aufmarsch (am 3. Juli 1932):

„Wenn man auf gegnerischer Seite sagt, es müsse mit dem Regiment Papen abgerechnet werden, so kümmert mich das nicht."

Eine Abrechnung mit den Notverordnungen Papens kümmern also einen Adolf Hitler nicht. Er hat wichtigere Sorgen. Das ist das Eingeständnis der Verbundenheit mit der Regierung der Trustkapitäne, Großagrarier und Bürogenerale.

Diesen Worten entspricht auch die Praxis der Hitlerpartei. Im Preußischen Landtag stimmten die Nationalsozialisten ausdrücklich gegen die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Regierung Papen und gegen die Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion auf Nichtdurchführung und Aufhebung der volksfeindlichen Notverordnungen Papens. Im Sächsischen Landtag verließen die Nazis vor der Abstimmung eines KPD.-Antrages, der Papen-Regierung das Vertrauen zu entziehen, fluchtartig den Saal. Auch jetzt wieder sabotierte der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, der Nationalsozialist Gregor Strasser, dessen Einberufung, um nicht zu dem kommunistischen Antrag, Papen das Mißtrauen wegen seines Verhaltens in Lausanne und seiner Interviews gegenüber der französischen Presse auszusprechen, Stellung nehmen zu müssen. Und in einem Brief des Vorsitzenden des feudalen „Deutschen Herrenklubs", dem eine Reihe Regierungsmitglieder und auch führende Nationalsozialisten wie Traugott von Jagow, kaiserlicher Polizeipräsident a. D., Dr. E. von Schmidt-Pauli, Berlin, angehören, des Freiherrn von Gleichen, der vom 6. Juni datiert und an einen deutschen einflußreichen Journalisten gerichtet ist, wird die Rolle der Nationalsozialisten offen entlarvt; wörtlich heißt es:

„Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat auch die ausdrückliche Zustimmung des Führers."

Unfreiwillig gestand dies auch der Mordbandenführer Helldorf in seiner Berliner Lustgartenrede ein:

„Wenn die SA. nicht wäre, dann hätte sich diese Regierung des Herrn von Gayl keine vierzehn Tage halten können."

Damit ist das ganze System von Lüge und Betrug über den Haufen geworfen, das die Nationalsozialisten in diesen Tagen mit zahllosen Artikeln, Flugblättern und Reden aufzubauen versuchten, um die Massen über die Tatsache zu täuschen, daß die NSDAP. verantwortlich ist für die Politik der Papen-Regierung.

Der „Angriff" und „Der Völkische Beobachter" verhöhnen die Opfer der neuen Notverordnung; kein Wort bringen sie über die sich häufenden Selbstmorde jugendlicher Erwerbsloser oder Rentenbezieher, die eine zugleich ergreifende und niederschmetternde Anklage gegen die Notverordnungsregierung sind. Nur zu gern möchten sich die Naziführer nach außen von Herrn von Papen absondern, die Unbeteiligten oder am liebsten sogar Papens Gegner spielen, aber die proletarische Jugend und der Kommunistische Jugendverband werden dafür sorgen, daß die Massen der werktätigen Jugend dieses Manöver erkennen.

Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Bildung eines neuen Kabinetts, in dem die Reichswehrclique einen bedeutenden Einfluß ausübt, ähnlich wie in der nach der Ermordung des

japanischen Ministerpräsidenten gebildeten Kriegsregierung in Japan, führt zu einer gewaltigen Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, die nicht nur im Fernen Osten drohend ist, sondern auch an den Westgrenzen der Sowjetunion immer mehr in den Vordergrund rückt. Eine weitere Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die USSR. wird die Regierungsbeteiligung der Nazis zur Folge haben, die schon jetzt nach „Siedlungsland im Osten" schreien. Dieselbe Regierung, die den schärfsten und erbittertsten Krieg gegen das deutsche Proletariat führt und einen noch nie dagewesenen Hungerfeldzug gegen das werktätige Volk Deutschlands eröffnet hat, bereitet auch den Krieg gegen die russische Arbeiter- und Bauernjugend und ihren Sowjetstaat vor.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" wußte anläßlich des Sturzes der Brüning-Regierung über äußerst wichtige und interessante **Geheimverhandlungen** zu berichten, die nationalsozialistische und deutschnationale Politiker und Wirtschaftsführer in Luxemburg mit Vertretern des französischen Außenministeriums geführt haben und in denen Papen und seine nationalsozialistischen Trabanten dem französischen Imperialismus die Anerkennung von Versailles und Young zusicherten, für die militärische Aufrüstung und Verstärkung der Reichswehr auf 300 000 Mann. Alle Vorbereitungen zu diesem Krieg werden bereits mit Hochdruck getroffen. Auf dem Gebiet der Kriegsrüstungen wird nicht gespart, wie bei den Arbeitslosen. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die dazu gehörige Schaffung des Amtes eines Reichsministers für Arbeitsdienst soll vorerst 400 000 Jungarbeiter in die Zwangsjacke stecken und durch ihre militärische Ausbildung die Erweiterung des Heeres ermöglichen, zum Schutze und der Erhaltung dieses Systems der Ausbeutung und Unterjochung durch die deutsche Bourgeoisie und das internationale Finanzkapital. Die **Landespolizei soll dem Wehrminister Schleicher unterstellt** werden und so mit der Zustimmung Frankreichs eine weitere **Vergrößerung des stehenden Heeres** ermöglichen. Die durch die Papen-Notverordnung legalisierten Mordbanden der SA. sollen daneben als Miliz, als staatliche Hilfspolizei fungieren. Die Essener „National-Zeitung" vom 28. 6. schreibt:

> „Es gibt heute in Deutschland zwei große Machtfaktoren, die eine nationale Regierung einsetzen kann. **100 000 Mann Reichswehr und 500 000 Mann SA.** Wenn die Entwicklung so weiter treibt, wie in diesen Tagen, dann muß Deutschlands Zukunft binnen kurzem in den Fäusten der SA. und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen."

Gegen wen richtet sich das Bündnis Deutschland-Frankreich-Polen, das von Papen jetzt unter Hinzuziehung Englands in Lausanne angenommen hat? Einzig und allein gegen das deutsche werktätige Volk, aus dessen Knochen die 3 Milliarden Tribute, die vom Papen-Kabinett jetzt auf der Konferenz in Lausanne angenommen worden sind, herausgepreßt werden sollen, und gegen die Sowjetunion, dem einzigen konsequenten Gegner des Versaillessystem, die einzige Großmacht, die den Versailler Raubfrieden nie anerkannt hat, das sozialistische Vaterland aller Arbeiter und Bauern.

Aber der französische Imperialismus verzichtet nicht auf das Druckmittel der Verträge gegenüber Deutschland. Nach der Erreichung seiner Pläne mit Hilfe Deutschlands wird er sich (gestärkt) noch unerbittlicher zeigen.

Im Land der Arbeiter und Bauern hat die Jugend noch eine Zukunft.

Weswegen rüsten die Imperialisten aller Länder gegen das Vaterland der Arbeiter- und Bauernjugend, den Sowjetstaat? Weil in der Sowjetunion die Arbeiterklasse 1917 mit der Waffe in der Hand die Kapitalisten und ihre reaktionären sozialdemokratischen Lakaien zum Teufel gejagt hat und die Macht in die eigenen Hände genommen hat!

In der Sowjetunion gibt es keine Arbeitslosen.

In der Sowjetunion gibt es keine Wirtschaftskrise und keine Arbeitslosigkeit. Wie anders lebt die befreite Arbeiter- und Bauernjugend in der Union der sozialistischen Republiken? **Jeder hat das Recht auf Arbeit und Brot.** Während im Jahre 1913 der jugendliche Arbeiter durchschnittlich neun Stunden und zwölf Stunden arbeiten mußte, arbeitet der Jungarbeiter unter 16 Jahren im Jahre 1930 rund vier Stunden und zwei Minuten und über 16 Jahren fünf Stunden 20 Minuten. Praktisch hat sich seit 1930 der Arbeitstag noch weiter verringert, da die gewaltige Mehrzahl der Betriebe während der letzten Jahre zum Siebenstundentag (für erwachsene Arbeiter) übergegangen ist.

Die Sowjetunion ist das Land mit der kürzesten Arbeitszeit.

Nirgends wo in der Welt findet man solche Lebensbedingungen für die proletarische Jugend wie in der Sowjetunion. Hier haben die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen den Sechsstundentag und vier Wochen bezahlten Urlaub für sich. Unaufhaltsam steigt die Lebenshaltung der jugendlichen Arbeiter, Angestellten, Jungbauern. Nur in der Sowjetunion erhalten Erwachsene und Jugendliche, Männer und Frauen **gleichen Lohn für gleiche Arbeit.** Nur in der Sowjetunion sorgt der Staat für den Unterhalt der Lehrlinge, die Berufs- und Betriebsschulen besuchen, der Schüler und Studenten, die höhere Schulen und Universitäten absolvieren. Der Lohn der Lehrlinge stieg von Jahr zu Jahr. Allein in der Zeit von 1925 bis 1930 wuchsen die Lehrlingslöhne im

Transport und Maschinenbau	um	58,2	Prozent
Metallindustrie	„	56,3	„
Druckereigewerbe	„	54,8	„
Kautschukindustrie	„	40,0	„
Wollindustrie	„	38,8	„
Baumwollindustrie	„	25,8	„
Leinenindustrie	„	18,0	„

In Deutschland hungern die Arbeitsdienstpflichtigen bei einem „Lohn" von oft nur 2,50 M. in der Woche.

Die Arbeit in der SU. hat einen ganz anderen Charakter als bei uns, denn **der Arbeiter der Sowjetunion arbeitet nicht für irgendeinen Ausbeuter. Der Arbeiter in der Sowjetunion arbeitet für sich,** für seine Zukunft, für den sozialistischen Aufbau. Er arbeitet mit an der Beseitigung aller Schwierigkeiten.

Jugendliche Arbeiter waren die ersten, die in sowjetrussischen Betrieben die Methode des **revolutionären Wettbewerbs** zur Steigerung der Produktionsziffern und zur Senkung der Unkosten anwanden, die sich gegenseitig zur Erreichung bestimmter Ziele herausforderten. Jugendliche Arbeiter waren die ersten, die **Stoßbrigaden** bildeten, um das Zurückbleiben aufzuholen und ihren Kollegen ein anfeuerndes Beispiel zu sein.

Erfüllt von der Idee des Sozialismus, setzen die Jungarbeiter in der Sowjetunion alles daran, um den Fünfjahrplan in vier Jahren durchzuführen. Während die jugendlichen Arbeitsdienstpflichtigen in Deutschland widerwillig und unlustig ihre Sklavenarbeit verrichten, gehen die sowjetrussischen Jungarbeiter mit Begeisterung an die Arbeit. Sie fühlen sich als die Herren der Betriebe und der Produktion. Eine neue proletarische Moral und ein neuer Mensch, der Stoßbrigadler, ist entstanden.

Die Knute der Arbeitsdienstpflicht.

Das einzige Mittel, das die Kapitalisten, das Brüning, Papen und alle bürgerlichen Parteien: SPD., Zentrum und Nazis zur Linderung der Wirtschaftskrise wissen, ist die Arbeitsdienstpflicht. Was heißt Arbeitsdienstpflicht? Arbeitsdienstpflicht ist Sklavenarbeit. **Die Arbeitsdienstpflicht schafft keine Arbeit**, wie ihre Befürworter behaupten, im Gegenteil, bringt größere Arbeitslosigkeit mit sich. Erst vor kurzem konnte aus Groß-Weigelsdorf in Schlesien gemeldet werden, daß die Mitglieder des „Volksbundes für Arbeitsdienst" die Straßenbauarbeiter, zumeist Familienväter, aus der Arbeit drängten. Den noch in Arbeit belassenen Arbeitern für Wegebauarbeit wurde ein Stundenlohn von 20 Pf. geboten, im Gegensatz zu 68 Pf. im Vorjahr. Die Unternehmer drohten Arbeitssuchenden: „Wenn ihr nicht wollt, dann werden die Arbeitsdienstler diese Arbeit übernehmen." In den bayrischen Staatsforsten arbeiten bereits seit langem Arbeitsdienstpflichtige, die die Arbeiten der tariflich bezahlten Arbeiter verrichten müssen. Im „Berliner Tageblatt" vom 12. Juni schildert ein sehr unverdächtiger Zeuge, nämlich der Vorsitzende des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes Dr. Mast, den Einbruch des Arbeitsdienstes in das Tiefbaugewerbe.

Aber wenn der Arbeitsdienst auch keine neuen Arbeitsmöglichkeiten schafft, dafür bringt er doch den Unternehmern Profiterhöhung. Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) hat bereits die Pläne, einer Nutzbarmachung des Arbeitsdienstes für die Privatindustrie bis ins einzelne ausgearbeitet. **Die Arbeitsdienstkolonnen sind nichts anderes als eine Armee des Lohndrucks und des Streikbruchs.**

Durch militärischen Drill, nationalsozialistische Hetze und faschistische Verseuchung unter der Leitung abgetakelter Offiziere, national- und sozialfaschistischer Jugendführer, sollen die Arbeitsdienstpflichtigen gegen ihre eigenen Klassengenossen, gegen ihre Eltern, Brüder und Schwestern und gegen das siegreiche russische Proletariat aufgehetzt werden. Den militärischen Charakter der Arbeitsdienstpflicht zeigen eindeutig die Ausführungen, die der Reichsleiter für Arbeitsdienst der NSDAP., Oberst a. D. **Hierl**, in einer programmatischen Rede auf einer Veranstaltung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht" im ehemaligen preußischen Herrenhause gehalten hat:

> „Jede straffgeleitete Organisation wird in gewisser Beziehung auf die vorbildliche Organisation der alten Wehrmacht sich beziehen."

und weiter

> „im Dienstbetrieb des Arbeitsdienstes muß die Wahrung straffester Manneszucht stehen."

Ein weiteres Interesse hat die feudale, von Hitler gestützte Regierungsclique gegenwärtig auch an der **Unterbringung der abgetakelten und arbeitslosen Offiziere.**

Und welche Befugnisse sollen diese Herren haben? Auch darüber unterrichtet uns Hierl sehr ausgiebig:

> „Den Vorgesetzten muß selbstverständlich Strafgewalt nach den Bestimmungen einer Dienststrafordnung zugebilligt werden."

SPD.-Führer für „freiwilligen" Arbeitsdienst.

Auch die SPD.- und SAJ.-Führer versuchen, den jugendlichen Arbeitslosen den Arbeitsdienst schmackhaft zu machen mit dem Hinweis auf seine „Freiwilligkeit". Wie aber sieht es damit in Wirklichkeit aus? Da kann von einer Freiwilligkeit keine Rede sein. Oder ist es etwa „Freiwilligkeit", wenn man den Jungerwerbslosen erst jede Unterstützung raubt, sie dem Hunger und der Verelendung preisgibt und sie so in den Arbeitsdienst hineinpreßt, wo sie wenigstens ein bescheidenes Essen und ein paar Kleider bekommen, auch wenn sie dafür wie Sklaven behandelt werden und schwer schuften müssen. Mehr als ein Fall ist bekannt, wo das Arbeitsamt mit der Drohung auf Entzug der Unterstützung erwerbslose Jugendliche in den „freiwilligen" Arbeitsdienst hineingezwängt hat.

Aber der Hinweis auf die „Freiwilligkeit" ist auch noch aus einem anderen Grunde nichts anderes als Schwindel und Betrug. Mußten doch selbst die „linken" SAJ.-Führer eingestehen, daß **der „freiwillige" Arbeitsdienst nur die Vorstufe zur allgemeinen und zwangsweisen Einführung der Arbeitsdienstpflicht ist.**

Zuchthausstrafen im Zwangsarbeitsdienst der Nazis.

Wie soll es im Zwangsdienst, wie ihn die Nazis planen, aussehen?

Die beste Illustration hierzu bietet, wie schon oben erwähnt, die Rede des Naziführers Oberst a. D. **Hierl, der erklärt:**

> „In unserem Gesetzentwurf zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht sind folgende Schutzbestimmungen vorgesehen:
>
> § 16. Wer sich der Arbeitsdienstpflicht vorsätzlich und rechtswidrig entzogen hat, wird nach der vom Reichskanzler zu erlassenden Strafrechtsordnung des Deutschen Arbeitsdienstes bestraft. Schuldhaft versäumter Arbeitsdienst ist nachzudienen.
>
> § 30. Wer es unternimmt, in der Oeffentlichkeit, in Wort und Schrift, Bild oder in anderer Weise den deutschen Arbeitsdienst verächtlich zu machen, oder sonst herabzuwürdigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widersätzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei oder Werkschädigung (Sabotage) zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft."

Streik gegen Arbeitsdienstpflicht.

Aber die proletarische Jugend fügt sich den Absichten der Hierl, Ollenhauer und Co. nicht widerstandslos. Davon legen die 20 Streiks, die in den letzten Wochen in verschiedenen Arbeitsdienstpflichtstellen in ganz Deutschland durchgeführt wurden und ein Teil der Arbeitslager zum Auffliegen brachten, beredtes Zeugnis ab.

Die entschlossene Mobilisierung und kühne Entfaltung der Kampfkraft des Jungproletariats, die Organisierung des Kampfes der jugendlichen Erwerbslosen für ihre Forderungen auf ausreichende Unterstützung und

Essen, die Verhinderung von Exmittierungen, der Massenkampf für wirkliche Arbeitsbeschaffung nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD. und den Arbeitsbeschaffungsforderungen des KJVD. auf Grund einer Besteuerung der Millionäre und der Reichen, die Einheitsfront der jugendlichen Erwerbslosen und Betriebsarbeiter wird auch den Zwangsarbeitsdienst, den Papen, Schleicher und Hitler erstreben, verhindern. Nötig ist hierzu jedoch die Zusammenfassung der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft, die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront aller Arbeiter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit, im revolutionären Kampf.

Das dritte Reich Hitlers.

Die Sehnsucht von tausenden Jungwerktätigen, die irregeführt, den heuchlerischen Parolen der Hitlerpartei folgen, ist das „Dritte Reich", von dem man den nationalsozialistischen Anhängern Wunderdinge erzählt, aber nie genau sagt, wie es nun endlich aussehen soll. Das nimmt uns nicht wunder. Aber wir wollen den nationalsozialistischen Jungwerktätigen an einigen **Dokumenten der Nazipartei und Aeußerungen ihrer Führer zeigen**, wie dieses „Dritte Reich" in Wirklichkeit aussehen soll. Da ist zunächst das **Boxheimer Programm**, in dem die hessischen Naziführer ankündigen, nach der Uebernahme der Macht jedes „industrieschädigende Verhalten" mit dem Tode zu bestrafen. Was das bedeutet, ist klar. **Im „Dritten Reich" soll der Streik mit dem Tode bestraft werden.** Auch derjenige, der sich der Arbeitsdienstpflicht widersetzt, soll nach dem Boxheimer Programm — wie es ja auch Oberst Hierl, wenn auch nicht ganz so deutlich ankündigt — mit dem Tode bestraft werden. Den armen Bauern und Kleingewerbetreibenden gegenüber soll den Mordbanden der SA. das Recht zustehen, alles zu beschlagnahmen, was sie wünschen. **Jede Widersetzlichkeit gegenüber den Maßnahmen der SA. und ihren Anweisungen soll mit dem Tode bestraft werden.**

Ebenso bieten sich die Naziführer dem französischen, amerikanischen, englischen und italienischen Finanzkapital als **„Schutzwall gegen den Bolschewismus" und als Eintreiber der Youngtribute an.** Denn was ist es anders, wenn Hitler gegenüber dem amerikanischen Journalisten und Berichterstatter der „New York Evening Post" H. R. **Knickerbocker** in einer Unterredung, über die Knickerbocker in seinem Buch „Deutschland so oder so" berichtet, erklärt:

> „Der Wille zur Zahlung unserer Privatschulden ist unter allen Deutschen, mit der einzigen Ausnahme unserer Bolschewisten, gleich stark und unerschütterlich."

Dabei muß Hitler selbst zugeben, daß die „Privatschulden" nichts anderes als verschleierte Tribute und untrennbar mit den „politischen Schulden" verknüpft sind, indem er erklärt:

> „Diese Kredite wurden Deutschland durch das Vorhandensein der Reparationen aufgezwungen. Die Notwendigkeit, unsere politischen Schulden zu zahlen, hat uns dazu gezwungen, diese Privatverpflichtungen auf uns zu nehmen. Es ist also richtig, daß mindestens 75 Prozent der Anleihen eine Art aufgeschobener Reparationen darstellen." (Knickerbocker, Seite 20.)

Das ist eine weitere verstärkte Versklavung des deutschen werktätigen Volkes auf drei Generationen. **Die Anerkennung des Youngplans durch Hitler bedeutet nichts anderes als die Verschacherung der deutschen Jugend an das internationale Finanzkapital.**

Dementsprechend ist auch die Praxis der Nazipartei. Am 29. Oktober beantragte die Kommunistische Partei im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages die sofortige Einstellung der Youngzahlungen. Was taten die Naziabgeordneten? Da Kommunisten und Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuß die Mehrheit haben, übten sie Stimmenthaltung und brachten ihn so zu Fall.

Nicht anders verhielt sich die nationalsozialistische Fraktion am 3. Juni im Preußischen Landtag, wo ein gleicher Antrag der KPD. auf der Tagesordnung stand. Nazis und Zentrum beteiligten sich nicht an der Abstimmung und machten so den Landtag beschlußunfähig.

Als die Reichstagsfraktion der KPD. im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages den Antrag stellte: Nichtzahlung der Kriegsschulden — da enthielten sich die Nationalsozialisten und Deutschnationalen der Stimme und verhinderten dadurch die Annahme des Antrages. Nach der Abstimmung zogen die Nazis aus dem Reichstag aus, um sich weitere Blamagen zu ersparen. **Hitler erklärte** den ausländischen Pressevertretern: **Die Nationalsozialisten werden, wenn sie an der Macht sind, die „privaten Schulden" pünktlich zahlen.**

Die Nazis sind bereit zu zahlen, sie wollen nur darüber verhandeln, wie sie zahlen sollen. **Den einzig richtigen Weg zur Beseitigung der Schandverträge und Tribute zeigt uns die Sowjetunion.** Die Sowjetregierung hat gleich nach Uebernahme der Macht erklärt, daß sie keinerlei Verpflichtungen des zaristischen Rußlands anerkennt — weder private noch öffentliche. **Durch die proletarische Revolution hat sie die Schulden des Zaren und der russischen Kapitalisten an das ausländische Finanzkapital annulliert.**

Wie die Kommunisten die einzigen Kämpfer gegen den Aushungerungsfeldzug gegen das werktätige deutsche Volk und für die Verteidigung der Sowjetunion sind, so sind sie auch die einzigen Kämpfer gegen das Versailler System. Als die Nazipartei noch ein unbedeutendes Gruppchen war, entfaltete die Kommunistische Internationale bereits vor dreizehn Jahren, als der Schandfrieden von Versailles von den deutschen Sozialdemokraten und Zentrumsführern unterzeichnet wurde, das Banner des Kampfes gegen die Versailler Knechtschaft gegen das deutsche Volk. Seitdem haben die Kommunisten das revolutionäre Proletariat aller Länder in den Kampf gegen das Dawes-Abkommen und gegen das Young-Diktat geführt. Während die Nazis auch heute wieder ihre Bereitschaft, Tribute zu zahlen, im „Völkischen Beobachter" vom 3./4. Juli mit den Worten beteuern:

> „Wenn aber in der Tat die Leistung einer Restsumme in eine Kasse für den Wiederaufbau der europäischen, also vor allem auch der deutschen Wirtschaft bestimmt ist, dann wird man diese Summe als das kleinere Uebel hinnehmen können."

zeigen die Kommunisten dem geknechteten werktätigen Volke Deutschlands in der Deklaration zur Reparationsfrage, die auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPD., das im Februar dieses Jahres tagte, angenommen wurde, den

Ausweg aus der Versailler Knechtschaft:

„Das kapitalistische Deutschland von heute mit seiner ganzen Schwäche und nationalen Sklaverei ist ein untrennbarer Bestandteil des Versailler Systems. Es ist rettungslos verstrickt in das engmaschige Netz der Tribut-

verpflichtungen, und jeder Versuch, sich dem erstickenden Druck entgegenzustemmen, ja sogar schon jede für den demagogischen Hausgebrauch der Brüning-Parteien und Hitlers bestimmte demonstrative Geste wird von den imperialistischen Siegermächten damit beantwortet, daß sie die Schlinge noch enger ziehen.

Dieselben imperialistischen Siegermächte, die heute darangehen, China zu zerstückeln und aufzuteilen, haben im Versailler Vertrag auch Deutschland territorial verstümmelt. Sie haben ihm das industriell hochentwickelte Saargebiet, Danzig, Westpreußen und andere Gebiete entrissen.

Das Versailler System ist ein Instrument des imperialistischen Krieges. Es ist der Hebel des Interventionskrieges, der Profiträuber und Kolonialschlächter gegen das Land des Sozialismus und gegen die weltrevolutionäre Bewegung. Es ist das System der Völkerknechtung und der internationalen Konterrevolution.

Für die Werktätigen gibt es nur einen Ausweg aus der Katastrophe, aus der sozialen Sklaverei und der nationalen Knechtschaft. Dieser Ausweg besiegelt das Los des räuberischen Versailler Systems und des Youngplans, der imperialistischen Versklavung des deutschen Volkes. Dieser Ausweg heißt:

Sieg der Arbeiterklasse,

Eroberung der politischen Macht,

Aufbau des Sozialismus."

Wer kämpft gegen Faschismus, Hunger und Krieg.

Die SPD. verweist die Massen der deutschen Arbeiterschaft auf die Wahlen am 31. Juli als den „Entscheidungstag". Auch wir verkennen nicht die Bedeutung dieser Wahlen. Wir erklären der deutschen Arbeiterjugend: Nicht durch die Abstimmung bei den Wahlen oder im Parlament wird euer Schicksal entschieden. Es ist notwendig, auch den letzten Jungwerktätigen zur Wahl der kommunistischen Liste zu mobilisieren, um so der Stärke des revolutionären Proletariats und seiner Jugend Ausdruck zu geben und das Kampfbewußtsein der Massen zu stärken. Nur im außerparlamentarischen Massenkampf wird über das Schicksal des werktätigen Volkes entschieden. Nur durch Streik wird der Lohnabbau abgewehrt werden können. Nur durch den politischen Massenstreik wird die Aufrichtung der faschistischen Diktatur verhindert und die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion eingedämmt werden. Nur im außerparlamentarischen Massenkampf werden die Arbeiter ihre Ausbeuter schließlich davonjagen, wenn die Stunde der Befreiung von der inneren und äußeren Knechtschaft geschlagen hat.

Die SPD.-Führung hat dem Faschismus jahrelang durch ihre Tolerierungspolitik den Weg geebnet.

Sie bemüht sich auch jetzt durch die heuchlerische Vorspiegelung, im Parlament falle die Entscheidung, die Arbeiterklasse vom außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus abzuhalten. Aber auch im Parlament selbst hat die Sozialdemokratie gezeigt, daß sie nicht willens ist, auch nur in den geringfügigsten Punkten mit den Kommunisten zusammen gegen die Nationalsozialisten zu stehen. Das zeigte die Wahl des Präsidiums im Preußischen Landtag. SPD. und Zentrum — zwei Parteien, die „Opposition" gegen die Nazis und die Papen-Regierung heucheln, haben zusammen

mit der KPD. im Preußischen Landtag gegenüber den Nationalsozialisten und Deutschnationalen, sowie allen Parteien der „Nationalen Konzentration" die Mehrheit. Die KPD. hat diesen Parteien der angeblichen Opposition das Angebot gemacht, keinen eigenen Kandidaten für das Landtagspräsidium aufzustellen und erklärt, daß sie für ein unter Ausschluß der Deutschnationalen und der Nazis gebildetes Landtagspräsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums stimmen werde. Die KPD. hat dabei folgende Bedingungen gestellt: SPD. und Zentrum sollen mit der KPD. für die Aufhebung des Demonstrationsverbotes, die Aufhebung des Verbotes des RFB. und die Aufhebung der letzten Notverordnung der Papen-Regierung stimmen. Dieses Angebot hat sowohl die SPD. als auch das Zentrum abgelehnt. Und sogar dann noch, als die KPD. sich bereit erklärte, auf diese — jedem Arbeiter selbstverständlichen Bedingungen — zu verzichten. Die Folge war, daß der Nazi-Kerrl zum Landtagspräsidenten gewählt wurde.

Damit bewies die Sozialdemokratie, daß sie nicht einmal in dieser kleinen Frage gewillt ist, mit den Kommunisten zusammen zu gehen, um sich den Machtansprüchen der Nazis in den Weg zu stellen. Sie zeigte ihren Anhängern, die die Heuchelei der SPD.-Führung vom „Kampf gegen den Faschismus" noch ernst nehmen, daß sie untrennbar mit dem kapitalistischen System und der ganzen bürgerlichen Sippschaft verbunden und völlig von den Befehlen des Finanzkapitals abhängig ist.

Was ist die antifaschistische Aktion?

Der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, schreibt:

„Antifaschistische Aktion — das heißt die Zusammenfassung aller Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, aller Menschen, die unter Not und Knechtung leiden gegen den gemeinsamen Feind, den es zu schlagen und zu vernichten gilt, den Kapitalismus.

Antifaschistische Aktion — das heißt Schließung der Einheitsfront im Kampfe gegen die kapitalistischen Blutsauger, gegen die faschistischen Mordkolonnen, die die Sicherheit des Arbeiterlebens und des Eigentums der Arbeiterorganisationen bedrohen.

Antifaschistische Aktion — das heißt gemeinsame Einheitsfront gegen die Vernichter der Volksfreiheit, für die Verteidigung der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterpresse, der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit der Arbeiterklasse.

Antifaschistische Aktion — das heißt unermüdliche tägliche Entlarvung der schmählichen Verräterrolle der Führer der SPD. und des ADGB., die sich gerade jetzt als die schmutzigsten Helfer des Faschismus offenbaren.

Antifaschistische Aktion — das heißt Formierung der Freiheitsbataillone der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung gegen die soziale und nationale Versklavung, gegen die Kriegsmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie, für das Kampfbündnis des deutschen werktätigen Volkes mit den befreiten Arbeitern und Bauern der sozialistischen Sowjetunion."

Wie verwirklichen wir die antifaschistische Aktion?

(Einige Beispiele aus dem praktischen Tageskampf)

Erwerbslose verhindern Sonntagsarbeit: Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit beschäftigte die Firma C. Lorenz, Berlin, ihre Belegschaft auch Sonntags. Am Sonntag, den 16. Juni, zogen die Arbeitslosen von Tempel-

hof vor Arbeitsbeginn vor den Betrieb, um die Kollegen von Lorenz von der Arbeit abzuhalten. Sämtliche Kollegen von Lorenz erklärten sich mit den Erwerbslosen solidarisch und gingen wieder nach Hause. Als die unvermeidlichen Flitzer ankamen, war die Straße leer. **Die Firma mußte auf die Sonntagsarbeit verzichten und Erwerbslose einstellen.**

Einheitsfront verhindert Naziüberfall: Am Sonntag, den 26. Juni wurden zwei Reichsbannerkameraden in der Müllerstraße in Berlin von einer Horde mit Revolvern bewaffneter SA.-Banditen überfallen. Die Reichsbannerkameraden flüchteten in ein Reichsbannerlokal, das in der Nähe lag. — Die SA. nach. Aber schon wenige Minuten darauf erschien der Rote Massenselbstschutz. Durch einen Sprechchor alarmiert, waren die Straßen in der Umgebung bald schwarz von Arbeitern. Als die Schupo anrückte, waren die Nazis längst verjagt.

Nach dem abgewehrten Ueberfall schlossen sich **eine ganze Reihe von Reichsbannerkameraden dem Roten Selbstschutz an.**

Arbeiter verhindern eine Exmittierung: Am 20. Juni sollten vier Arbeiterfamilien, die in der Pappelallee in Berlin wohnen, auf die Straße gesetzt werden. Als der Gerichtsvollzieher erschien, strömten **alle Mieter zusammen und verhinderten die Exmittierung.** Der Gerichtsvollzieher mußte unverrichteter Sache wieder abziehen.

AEG.-Proleten beschließen die antifaschistische Aktion: In einer von 800 Arbeitern besuchten Betriebsversammlung der AEG. Henningsdorf wurde mit wenigen Stimmenthaltungen beschlossen, sich der Antifaschistischen Aktion anzuschließen. Es wurde beschlossen, daß **von der gesamten Belegschaft ein Kampfausschuß gewählt wird, der die antifaschistische Aktion leiten wird.**

Das sind einige Beispiele, wie der Kampf geführt werden kann und wie in der Antifaschistischen Aktion alle Kämpfe der Arbeiterschaft, in einer einheitlichen Linie geführt, zu einer wirksamen Kraft werden. Die Voraussetzungen zur roten Einheitsfront wachsen in Deutschland immer mehr. Aehnlich wie 1920 und 1923 wollen die Arbeiter und Jungarbeiter auf der Grundlage des antifaschistischen Massenkampfes sich gegen die Bourgeoisie vereinigen, d. h., daß die Einheitsfront sich auf der Grundlage politischer Forderungen bildet. Die Teilkämpfe der Arbeiter und Jungarbeiter sind in Deutschland von großer Bedeutung und ein Teil der Antifaschistischen Aktion. Sie müssen die Wegbereiter größerer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie sein.

Die mehr als eine Million Jungwähler gilt es in der roten Einheitsfront durch die Antifaschistische Aktion der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen zu mobilisieren, um mit ihnen in gemeinsamer Front den Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung und gegen den Hitlerfaschismus zu organisieren. Hier haben auch die Jugendkolonnen der Antifaschistischen Aktion und der rote Massenselbstschutz eine große Bedeutung.

Das Ziel der Antifaschistischen Aktion ist, die an diesen Kämpfen teilnehmenden Arbeiter und Jungarbeiter zu noch größeren Kämpfen zusammenzuschweißen, das Ziel dieses großen Kampfes ist: **Zerschlagung des kapitalistischen Systems mit allen seinen Notverordnungen und seinen arbeiterfeindlichen Werkzeugen durch die Volksrevolution.**

Gegenüber allen Rettungsversuchen für das kapitalistische System auf Kosten der Werktätigen, die durch die neue verschärfte faschistische Terrorwelle auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gegen die Arbeiterschaft durchgeführt werden soll, gibt es den revolutionären Ausweg, **die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung gegen die Regierung der Junker, Schlotbarone und der kaiserlichen Nazigeneräle.**

Kämpfen und siegen.

60 000 junge kampfbereite Proleten marschieren im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, arbeiten täglich und unermüdlich in der vordersten Front des revolutionären Jungproletariats. Hunderttausende Jungproleten marschieren in der RGO.-Jugend, in der roten Sporteinheit, in der Kampfbundjugend gegen Faschismus. Alle marschieren und kämpfen, von dem festen Willen beseelt, eine neue Gesellschaftsordnung, das sozialistische Räte-Deutschland zu bauen. Vereint mit den vielen Millionen kommunistischen Kämpfern in Deutschland rufen die Jungkommunisten den Jungwählern, den Jungproleten in Stadt und Land zu:

Nieder mit der Papen-Regierung und ihren Nazistützen!

Formiert euch zur roten Einheitsfront in den Jugendkolonnen der Antifaschistischen Aktion!

Organisiert den Roten Massenselbstschutz gegen den Faschismus!

Keine Stimme der SPD., die Brüning tolerierte und dem Faschismus den Weg ebnete!

Schart euch um die KPD. Verteidigt eure Partei und den Kommunistischen Jugendverband gegen die Anschläge der Reaktion!

Keine Stimme der Partei des Arbeitermordes, des nationalen Verrates und der Tolerierung der Notverordnungsdiktatur!

Es lebe der Kampf der werktätigen Jugend, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Formiert die rote Einheitsfront der proletarischen Jugend gegen Faschismus, Hunger und Krieg!

Stärkt den Kommunistischen Jugendverband!

Wählt am 31. Juli Kommunisten, Liste 3!

Herausgeber: Verlag der Jugendinternationale, Fritz Reußner, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Grete Mildenberg, Berlin. Druck: Uranus-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 26

Wir wollen

Deine Meinung zu dieser Broschüre hören.

Und fragen Dich:

Welche Fragen hätten Deiner Meinung nach in dieser Broschüre und im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion und den Wahlen außerdem noch behandelt werden müssen?

Ist der Stil und die Sprache der Broschüre interessant und genügend klar gewesen?

Und was sagst Du zum Umschlag? Hast Du im Text das, was Dir der Umschlag sagen sollte, beantwortet gefunden?

Bist Du außerdem von der Richtigkeit der in unserer Broschüre vertretenen politischen Ansicht überzeugt worden und hat Dir die Broschüre dazu verholfen?

Und ausserdem wollen wir wissen:

Ueber welche Fragen möchtest Du in Zukunft noch weitere Broschüren lesen?

Welche Wünsche hast Du in dieser Richtung bei Deinen Kollegen im Betrieb, auf der Stempelstelle oder in der Berufsschule gehört, was möchten sie gern lesen?

Und schließlich fordern wir Dich auf

uns sofort über alle oben aufgeführten Fragen zu schreiben. Du hilfst uns damit bedeutend im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend.

Und endlich vergiß nicht:

Sorge dafür, daß diese Broschüre in die Hand jedes jungen Arbeiters, jeder jungen Arbeiterin kommt. Auch Deine gelesene Broschüre darf nicht bei Dir zu Hause liegen bleiben, sondern Du mußt sie an Deinen Kollegen weitergeben!

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE
BERLIN SO 16, BRÜCKENSTRASSE 10 b